



David Driese

Beruf: Vorstand des Humanistischen Verbandes Berlin-Brandenburg KdöR

Ausbildung/Studium: Diplom-Sozialpädagoge (FH), M.A. Soziale Arbeit (Schwerpunkte Gemeinwesenarbeit, Bildung, Beratung), Systemischer Berater (GST)

Herr Driese begann seine berufliche Laufbahn 2008 als Streetworker beim Stadtjugendring Königs Wusterhausen. Parallel dazu war er von 2009 bis 2012 Vorstandsmitglied im Landesjugendring Brandenburg und Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses Brandenburg. Diese Stationen prägten sein Verständnis für die Interessenvertretung der freien Jugendhilfe auf Brandenburger Landesebene.

2010 wechselte er als Referent der Geschäftsführung zum Humanistischen Verband und koordinierte die Fusion der Brandenburger Regionalverbände mit dem Berliner Landesverband rechtlich, organisatorisch und partizipativ. Ab 2012 war er als Berater und stellvertretender Geschäftsführer für das Mobile Beratungsteam Brandenburg tätig, das Kommunen, zivilgesellschaftliche Initiativen und politische Akteure bei der Demokratieförderung und Rechtsextremismus-Prävention berät – eine Aufgabe, die eine differenzierte, dialogorientierte Positionsfindung zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Interessen voraussetzt. Anschließend (2016) übernahm er die Leitung der Abteilung Bildung des Humanistischen Verbandes Berlin-Brandenburg mit Zuständigkeit für den Humanistischen Lebenskundeunterricht in Berlin und Brandenburg.

Seit September 2018 ist Herr Driese Vorstand des Humanistischen Verbandes Berlin-Brandenburg KdöR und verantwortet die Bereiche Bildung, Jugend, Verbandliche Grundsatzfragen, politische Interessenvertretung und den Ausbau der Verbandsstrukturen in Brandenburg, darunter die Erlangung des Körperschaftsstatus des Verbandes im Land.

Im Zentrum seines paritätischen Wirkens stand bisher der Paritätische in Berlin. Herr Driese entwickelte und verhandelte dort maßgeblich den Paritätischen Tarifvertrag und initiierte eine Arbeitsgruppe, die sich mit dem Thema Entbürokratisierung und der Entwicklung eines Forderungspapiers an die Berliner Landesverwaltung beschäftigte und u. a. Einführung einer Verwaltungsgemeinkostenpauschale forcierte. Nun möchte er sein paritätisches Wirken mehr auf Brandenburg fokussieren.

vorgeschlagen von: Humanistischer Verband Berlin-Brandenburg KdöR